

Klima-Tagung warnt vor einer Klima-sozialistischen Agenda

written by Chris Frey | 31. Oktober 2021

H. Sterling Burnett

Klima-Tagung ICCC-14 des Heartland-Institutes in Las Vegas ist vorüber, aber deren Auswirkungen werden noch länger zu spüren sein. Videos der Konferenz kann man [hier](#) einsehen.

Das Thema der ICCC-14 lautete „*The Great Reset: Climate Realism vs. Climate Socialism*“. Das Programm war eine Reaktion auf den Vorstoß der internationalen Eliten, die vermeintlich existenzielle Bedrohung durch den Klimawandel auszunutzen, um die Menschen dazu zu bringen, „den Kapitalismus neu zu denken“, wie Klaus Schwab, Gründer und geschäftsführender Vorsitzender des Weltwirtschaftsforums, es ausdrückte. Wie in zahlreichen Dokumenten und Diskussionen beschrieben, ist es das Ziel derjenigen, die den Great Reset (GR) vorantreiben, den Sozialismus weltweit durchzusetzen, insbesondere bei der Energieerzeugung und -nutzung, was die Grundlage der modernen Welt bildet.

In den Sitzungen wurde erörtert, was die Klimawissenschaft über den Beitrag der Menschheit zum Klimawandel zeigt, welche Gefahr, wenn überhaupt, von ihm ausgeht, wie die Klimawissenschaft korrumpiert wurde, die wirtschaftlichen Auswirkungen und die Einschränkungen der Freiheit, die sich aus den Bemühungen der Regierung Biden zur „Bekämpfung des Klimawandels“ ergeben, und vieles mehr.

Einer der subtilsten und perfidesten Wege, auf dem die Kabale aus elitären Aktivisten, Industrie- und Handelsinteressen sowie nationalen und internationalen Politikern und Bürokraten versucht, den Kapitalismus so umzustellen, dass er „gesunde“ soziale Gerechtigkeit und grüne Prioritäten in den Vordergrund stellt, ist die Kooptierung und Übernahme der globalen Kapitalmärkte: Banken, Versicherungen, Aktien- und Anleihehandel und Investitionen.

Mein Kollege Justin Haskins, Direktor des Projekts „Stopping Socialism“ des Heartland Institutes, schreibt und spricht schon seit einiger Zeit über dieses Thema. Justin hielt während des ICCC-14 eine beeindruckende, weitreichende Präsentation zu diesem Thema (seine Präsentation beginnt bei etwa 1:00 auf dem [hier](#) verlinkten Video). Justin zeigt ohne den Schatten eines Zweifels, dass die globalen Eliten, von Großbanken über Politiker bis hin zu Portfolio-Fondsmanagern und internationalen Bürokraten, in ihrem Streben nach einem großen Reset **„gemeinsam und schnell daran arbeiten, alle Aspekte unserer Gesellschaften und Volkswirtschaften umzugestalten**, von der Bildung über Sozialverträge bis

hin zu den Arbeitsbedingungen. ... Jede Branche, von Öl und Gas bis zur Technologie, muss umgestaltet werden. Kurz gesagt, wir brauchen einen großen Neustart des Kapitalismus“, so charakterisiert er Schwabs erklärtes Ziel.

[Hervorhebung vom Übersetzer]

Große Finanzinstitute wie die Bank of America und Mastercard, Vermögensverwalter wie BlackRock und Vanguard sowie Hunderte von Unternehmen engagieren sich für den finanziellen und kommerziellen Teil des „Great Reset“, indem sie Umwelt-, Sozial- und Governance-Kriterien (ESG) vorantreiben.

Diese einflussreichen Personen und Institutionen möchten, dass ESG-Kennzahlen die Kapitalisierung, den Umsatz, den Gewinn und die Gewinnspanne als neue Methode zur Bewertung von Unternehmen ersetzen. Im Rahmen der ESG-Kriterien sind Investitionsrenditen und Renditen für Aktionäre und Eigentümer nicht so wichtig für das Ranking eines Unternehmens wie sein Engagement für linke Anliegen. Dazu gehört, wie „grün“ ein Unternehmen ist, wie hoch der „richtige“ Anteil an Minderheiten ist, ob es sich in politisch missliebigen Branchen engagiert (z. B. bei der Herstellung von Waffen und der Produktion fossiler Brennstoffe) und ob man andere linkslastige Überlegungen anstellt.

Die Unternehmen erhalten dann eine Punktzahl oder ein Rating, um festzustellen, wie gut sie mit den ESG-Zielen übereinstimmen, und die Banken werden diese Punktzahlen verwenden, um Kreditvergabe- und andere Geschäftsentscheidungen zu treffen, und die Portfoliomanager werden sie verwenden, um Anlageempfehlungen festzulegen und Initiativen und Vorstandsentscheidungen vorzuschlagen, die auf den Jahresversammlungen angeboten werden.

Hunderte der weltgrößten Unternehmen, darunter auch Finanzinstitute, haben bereits ESG-Systeme und Arten der Berichterstattung in ihren Unternehmen eingeführt, und Investorengruppen, die über Billionen von Dollar verfügen, haben sich verpflichtet, diese Unternehmen gegenüber denjenigen zu bevorzugen, die sich weigern, daran teilzunehmen.

Auf der Klimakonferenz gab es eine Diskussionsrunde, die sich mit dieser verhängnisvollen Partnerschaft zwischen öffentlichem und privatem Sektor befasste: *„How to Oppose Woke Capital, Activist Investors, and Financial Regulators' Efforts to Cancel Traditional Energy“* [etwa: Wie man sich den Bemühungen von Woke Capital, aktivistischen Investoren und Finanzaufsichtsbehörden zur Abschaffung traditioneller Energie widersetzt]. An der Podiumsdiskussion nahmen Justin Danhof und Scott Shepard vom Free Enterprise Project – der einzigen vollzeitlich tätigen konservativen, freiheits- und marktfreundlichen Organisation für Investoren-Aktivisten – am National Center for Public Policy Research und Stephen Soukup vom Political Forum Institute teil. Die Analysten

erörterten den zunehmenden Trend, dass Unternehmen ihre treuhänderischen Pflichten beiseite schieben und sich auf ESG-Ziele konzentrieren, sowie die Bemühungen der Regierung Biden, jedes Unternehmen dazu zu verpflichten, ESG-Ziele zu seinem wichtigsten Anliegen zu machen. Sie erläuterten, wie diese Änderung des Schwerpunkts durch große Akteure des Privatsektors und der Regierung tiefgreifende negative Auswirkungen auf Aktionäre, Kunden und die gesamte Gesellschaft hat. (Die Podiumsdiskussion kann [hier](#) angesehen werden, ab 5 Stunden, 11 Minuten und 45 Sekunden).

[Untersuchungen](#) zeigen immer wieder, dass Fonds, die sich in erster Linie an ESG-Zielen orientieren, geringere Renditen erzielen und weitaus risikoreicher sind als Anlageportfolios, die sich an Gewinnen und der Schaffung von Wohlstand für ihre Anleger/Eigentümer orientieren.

Die Trump-Regierung hat versucht, die Bemühungen von Unternehmen und Bundesbehörden zu bremsen, soziale Gerechtigkeit und Umweltaforderungen durchzusetzen. Trump hat unter anderem dafür gesorgt, dass die vom Arbeitsministerium regulierten ERISA-Pläne (Pensionspläne im Rahmen des Rentenreformgesetzes von 1974) so verwaltet werden, dass sie sich einzig und allein auf die Alterssicherung der amerikanischen Arbeitnehmer konzentrieren. Ebenfalls unter Trump schlug das U.S. Office of the Comptroller of the Currency eine Vorschrift vor, die den fairen Zugang zu Bankdienstleistungen sicherstellen soll, die von nationalen Banken, bundesstaatlichen Sparvereinigungen und Agenturen ausländischer Bankorganisationen angeboten werden.

Die Vorschrift hätte es Banken mit einem Vermögen von mehr als 100 Milliarden Dollar untersagt, Unternehmen Dienstleistungen wie Kreditvergabe und Zahlungsverkehr zu verweigern, die auf politischen Erwägungen beruhen, z. B. auf der Art der Branche, in der sie tätig sind, oder darauf, ob sie ESG-Kodizes angenommen haben, im Gegensatz zu normalen geschäftlichen Erwägungen wie den Erträgen eines Unternehmens, seinen Geschäftsaussichten, seinen Vermögenswerten, seinen Gewinn- und Verlustrechnungen, seiner Kapitalausstattung und seiner Kreditgeschichte.

Durch eine Reihe von Durchführungsverordnungen ist Biden dabei, diese Regeln aktiv zurückzudrehen. Bidens Durchführungsverordnung zu klimabedingten finanziellen Risiken „schreibt vor, dass Arbeitsminister Marty Walsh dem Direktor des Nationalen Wirtschaftsrats und dem nationalen Klimaberater des Weißen Hauses innerhalb von 180 Tagen einen Bericht vorlegt, in dem die von der Behörde ergriffenen Maßnahmen zum Schutz der Ersparnisse und Renten von US-Arbeitnehmern und -Familien vor klimabedingten finanziellen Risiken“ aufgeführt sind, und verlangt dasselbe vom Federal Retirement Thrift Investment Board, das den Thrift Savings Plan für Bundesbedienstete verwaltet“, berichtet *401K Specialist*.

Darüber hinaus hat die US-Börsenaufsichtsbehörde (SEC) auf Bidens

Anweisung hin eine 22-köpfige ESG-Taskforce eingerichtet, um die Ziele der Regierung in Bezug auf soziale Gerechtigkeit und Klimawandel durchzusetzen. Gleichzeitig forderte die SEC die Öffentlichkeit auf, sich zu einer Vorschrift zu äußern, nach der börsennotierte Unternehmen, Vermögensverwaltungsgesellschaften und Investmentfonds, die ihrer Aufsicht unterliegen, die mit dem Klimawandel verbundenen Risiken und Chancen offenlegen müssen.

Darüber hinaus versucht das von radikalen Demokraten kontrollierte US-Repräsentantenhaus, das Heu zu machen, während die Sonne auf diese Angelegenheiten scheint. Die Demokraten im Repräsentantenhaus haben bereits einen Gesetzentwurf durchgesetzt, der ESG-Angaben für alle Unternehmen vorschreibt, die der SEC unterstehen, und sie erwägen einen Gesetzentwurf, der es Banken erschweren soll, Kredite an Unternehmen zu vergeben, die fossile Brennstoffe entwickeln, transportieren oder verkaufen.

Einige Bundesstaaten, wie Texas, wehren sich gegen Versuche, Investitionen zu politisieren. Texas hat in diesem Jahr Gesetze erlassen, die die öffentlichen Pensionsfonds des Bundesstaates verpflichten, ihre Beteiligungen an Unternehmen zu veräußern, die die Produzenten fossiler Brennstoffe boykottieren oder ihre Beziehungen zu ihnen abbrechen. Louisiana hat vor kurzem eine 700 Millionen Dollar schwere Öl- und Gasanleihe, die von der Bank JPMorgan Chase unterstützt worden wäre, gestoppt, weil die Bank beschlossen hatte, Bankgeschäfte mit Unternehmen der Schusswaffenindustrie zu verbieten.

Es ist keine Übertreibung zu sagen, dass das Schicksal der Investitionen und Renten der Menschen in den nächsten Jahren entschieden werden – ob also die Menschen in der Lage sein werden, in einem angemessenen Alter bequem in Rente zu gehen, und ob die Märkte genutzt werden, um Wohlstand aufzubauen oder die Menschen in Richtungen zu drängen, die die Eliten für politisch korrekt halten. Entschieden wird das bei den nächsten zwei Wahlen (auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene), in Gerichtssälen und während der *Proxy Battles* bei den jährlichen Vorstandssitzungen.

Wer vorgewarnt und informiert ist, ist gewappnet. Handeln Sie auf der Grundlage dieses Wissens und unterstützen Sie Organisationen wie das Heartland Institute [und das EIKE], die gegen diesen Great Reset kämpfen, oder Sie werden die Konsequenzen tragen.

SOURCES: [ICCC-14](#); [Climate Change Weekly](#); [Environment & Climate News](#); [Environment & Climate News](#)

Link:

<https://www.heartland.org/news-opinion/news/conference-warns-of-climate-socialism-agenda>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE

Kommentar des Übersetzers hierzu: Auf der ICCC-Tagung ging es also nicht nur um Wissenschaft, sondern hauptsächlich darum, wie Wissenschaft missbraucht wird, um die Gesellschaft so umzugestalten, dass sich die Völker regieren lassen ohne jede Mitsprachemöglichkeit. Die Mächtigen dieser Welt sind also nicht die Politiker, sondern die mehr im Hintergrund agierenden Wirtschaftsbesitzer, Finanzhaie und Konsorten. Sie bedienen sich einer viel zu willfährigen Medienlandschaft und treiben Politiker vor sich her.

Auf der EIKE-Tagung am 12. und 13. November steht dagegen eher die Wissenschaft im Vordergrund. Beide Tagungen zusammen ergeben also ein Gesamtbild, das jeden Menschen mit etwas gesundem Menschenverstand angst und bange werden lassen muss. Und es ist zutiefst erschreckend, wie weit dieser Prozess offenbar schon fortgeschritten ist.

WER STOPPT DIESEN WAHNSINN?!